

ifo Pressemitteilung

Die Konjunktur fasst Fuß

ifo Konjunkturprognose 2004

Hans-Werner Sinn

Pressekonferenz im ifo Institut, München, am 19. 12. 2003, 10.30 Uhr
Frei für die Presse ab 11.30 Uhr

Die Weltkonjunktur hat im Jahr 2003 endlich wieder Fuß gefasst. Das ifo Weltwirtschaftsklima (WES), ein Index, der aus einer weltweiten Befragung von 1200 Experten in 90 Ländern gewonnen wird, liegt seit dem Frühjahr wieder über seinem langjährigen Durchschnitt. Im vierten Quartal hat sich erstmals seit langem sogar die Lage der Weltwirtschaft deutlich verbessert.

Das historische Zinstief und das gewaltige Haushaltsdefizit der USA, das das privat verfügbare Jahreseinkommen in den letzten drei Jahren für sich genommen um 700 Mrd. Dollar erhöht hat, zeigen weltweite Multiplikatorwirkungen, wie sie im Lehrbuch des Keynesianismus beschrieben sind.

Der Krieg ist vorbei, Argentinien hat seine Krise überwunden, und SARS steht dem Aufschwung in Asien nicht mehr im Wege. Die Börsen ziehen wieder an. Das Konsumentenvertrauen steigt. Neue Risiken, wie sie durch die Anschläge in der Türkei deutlich wurden, treten in den Hintergrund.

Auch in Deutschland stehen die Konjunkturampeln auf grün. Nach drei Jahren der Stagnation hat sich die Konjunktur etwa seit Jahresmitte 2003 wieder belebt. Sowohl im Produzierenden Gewerbe als auch in den großen Dienstleistungsbereichen nahm die Wertschöpfung im dritten Quartal zu. Der Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe ist seit der Jahresmitte wieder deutlich aufwärts gerichtet, und zwar sowohl bei den Inlands- als auch bei den Auslandsbestellungen. Begünstigt waren davon alle Industriebauptgruppen, zuletzt besonders die Hersteller von Konsumgütern. Für das

gesamte Kalenderjahr ergibt sich im Vorjahresvergleich in den meisten Wirtschaftsbereichen ein leichter Zuwachs bei der Wertschöpfung (Verarbeitendes Gewerbe + 0,2 %, Dienstleistungsbereiche insgesamt + 0,5 %). Lediglich das Baugewerbe bleibt mit einem Minus von reichlich 4 % deutlich unter dem Produktionsergebnis von 2002, wengleich auch hier nach dem scharfen Rückgang zum Jahresbeginn im weiteren Jahresverlauf die Fertigung ausgeweitet wurde. Alles in allem erreicht das Bruttoinlandsprodukt damit aber gerade den Wert des Vorjahres.

Nach dem gestrigen Ergebnis des ifo Konjunkturtests für Deutschland hat sich der bereits seit sieben Monaten zu verzeichnende Anstieg des Geschäftsklimaindex im Verarbeitenden Gewerbe fortgesetzt. Auch rechnen die befragten Unternehmen weiter mit einer Belebung der Auslandsnachfrage. Die durchgreifende Besserung des Geschäftsklimaindex signalisiert, dass der konjunkturelle Erholungsprozess vorankommt.

Wichtig ist insbesondere, dass sich nun zum dritten Mal in Folge auch die aktuelle Geschäftslage verbessert hat. Der Lageindikator des ifo Instituts enthält die aktuellste "harte" Konjunkturinformation, die für Deutschland verfügbar ist, und er zeigt eindeutig nach oben.

Bei den Angaben zur Geschäftslage handelt es sich nicht um einen Stimmungsindikator, wie häufig fälschlicherweise vermutet wird. Sie sind im Gegensatz zum World Economic Survey und anderen Konjunkturindikatoren nicht das Ergebnis einer Expertenbefragung, sondern resultieren aus einer Erhebung über die tatsächlichen Verhältnisse bei 7000 deutschen Firmen. Die Verbesserung der Lage zeigt, dass der Anstieg des ifo Klimaindex nun nicht mehr nur auf einer Verbesserung der Erwartungen basiert, wie es lange Zeit befürchtet werden musste. Vielmehr hat der von den USA und Asien ausgehende Konjunkturaufschwung nun auch Deutschland sichtbar erfasst.

Die konjunkturellen Aussichten der Bundesrepublik waren schon lange nicht mehr so günstig wie jetzt, zumal die Einigung im Vermittlungsausschuss wieder ein besseres Licht auf die Reformfähigkeit dieses Landes wirft.

Insgesamt dürfte die Produktion im Jahr 2004 verhalten, aber stetig expandieren. Nach der Konjunkturprognose des ifo Instituts (vgl. G. Flaig, W. Nierhaus et al., ifo Konjunkturprognose 2004: Erholung hat begonnen) wird die Industrie von der anzie-

henden Weltkonjunktur profitieren und ihre Produktion um mehr als 3 % ausweiten. Im Baugewerbe ist, nach langen Jahren der Schrumpfung, seit 1994 erstmals wieder mit einem spürbaren Zuwachs in Höhe von 0,5 % zu rechnen. Im tertiären Sektor wird die Entwicklung recht unterschiedlich verlaufen. Der Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister wird im Zuge der allgemeinen konjunkturellen Besserung verstärkt expandieren. Dagegen wird, unter anderem wegen der Sparmaßnahmen beim Staat und wegen der Gesundheitsreform, die Wertschöpfung der öffentlichen und privaten Dienstleister leicht sinken.

Besondere Impulse werden vom Export erwartet, denn er wird von der Weltkonjunktur getrieben. Sein Wachstum, das mit 5,7 % zu veranschlagen ist, wird das Verarbeitende Gewerbe in Schwung bringen. Freilich steht dem steigenden Export auch ein um 4,4 % steigender Import gegenüber, weil ein Teil des Wertes der Exporte aus importierten Vorprodukten besteht und weil die privaten Haushalte wegen ihrer steigenden Einkommen und der Aufwertung des Euro ihren Konsum verstärkt auf Importgüter ausrichten.

Die Exportkonjunktur bleibt eine unsichere Größe bei der Prognose, weil nicht bekannt ist, wie weit die Euro-Aufwertung noch führen wird. Das ifo Institut geht von einem Eurokurs aus, der im Jahresmittel bei etwa 1,25 Dollar liegen wird. Für einen solchen Kurs, der weit über der OECD-Kaufkraft-Parität liegt, spricht unter anderem die anhaltende Nachfrage nach Euro-Bargeld in Osteuropa und anderen Teilen der Welt. Unsicher bleibt auch die Ölpreisentwicklung. Die Prognose unterstellt einen Preis von etwa 30 Dollar pro Barrel.

Wenig Impulse werden die Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen bringen, deren Anstieg mit nur 0,7 % unter anderem deshalb so gering angesetzt ist, weil sich den Investoren zunehmend bessere Chancen in jenen Niedriglohngeländen Osteuropas anbieten, die ab Mai 2004 zur EU gehören werden.

Insgesamt wird das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt 2004 um 1,8 % steigen.

Davon entfallen 0,2 Prozentpunkte auf das partielle Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform 2000, das gegenüber dem ursprünglichen Plan in seiner konjunkturellen Wirkung kaum abgeschwächt wurde, weil etwa 8 Mrd. von 9 Mrd. Euro (statt wie ursprünglich geplant 10 Mrd. von 16 Mrd. Euro) nicht durch Ausgabenkürzun-

gen oder andere Steuererhöhungen gegenfinanziert werden sollen. Etwa 3 Mrd. Euro sollen nach dem im Vermittlungsausschuss erzielten Kompromiss schuldenfinanziert sein, und 5 Mrd. sollen durch Privatisierungserlöse finanziert werden. Beide Finanzierungsformen unterscheiden sich kaum, und zwar weder in rechtlicher noch in ökonomischer Sicht. Beide implizieren einen keynesianischen Nachfrageimpuls, der die Konjunktur weiter ankurbelt, beide tragen zur fortgesetzten Verletzung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes bei, und beide erhöhen die Lasten, die Deutschland seinen zukünftigen Generationen aufbürdet.

Etwa 0,5 Prozentpunkte des BIP-Wachstums sind darauf zurückzuführen, dass es im Jahr 2004 im Durchschnitt der Bundesländer 3,3 Arbeitstage mehr als im Jahr 2003 gibt. Die wachsende Nachfrage wird dazu führen, dass diese zusätzlichen Arbeitstage auch tatsächlich für eine Mehrproduktion genutzt werden.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt bleibt prekär. Die Zahl der Erwerbstätigen sank im Jahresdurchschnitt 2003 um nahezu eine halbe Million. Die Arbeitslosenzahl stieg um mehr als 300 000. Anders als in früheren wirtschaftlichen Schwächephasen sank die Erwerbstätigenzahl jetzt sogar bei den Dienstleistungsunternehmen.

Der Tiefpunkt der Arbeitsmarktentwicklung ist gleichwohl noch nicht erreicht. Deutschland befindet sich im vierten Zyklus des Anstiegs der Arbeitslosenzahlen. Der erste Zyklus ging von 1970, als es nur 150 000 Arbeitslose in Deutschland gab, bis 1980, der zweite von 1980 bis 1991, und der dritte von 1991 bis 2001. Der vierte Zyklus begann im Jahr 2001. Ungeachtet dieser Zyklen hat sich die Arbeitslosigkeit Westdeutschlands in dieser Zeitspanne nach einem linearen Trend erhöht, dessen Ende unter anderem deshalb noch nicht absehbar ist, weil die Auswirkungen der osteuropäischen Niedriglohnkonkurrenz auf die Standortentscheidungen der deutschen Unternehmen nur schwerlich prognostiziert werden können.

Geht man vom Doppelten der bislang in Westeuropa beobachteten Konvergenzgeschwindigkeit (2 %) aus, so werden die polnischen Lohnkosten pro Stunde im Jahr 2010 erst ein Drittel der westdeutschen Lohnkosten erreicht haben und auch im Jahr 2020 erst bei knapp der Hälfte dieser Lohnkosten liegen.

Für den Arbeitsmarkt ist noch nicht einmal im sich bessernden Konjunkturverlauf eine rasche Belebung zu erwarten. Angesichts der bis zuletzt sinkenden Anzahl offener Stellen wird die Erwerbstätigkeit im Jahr 2004 zunächst weiter sinken, wenn

auch nicht mehr so rasch wie zuletzt. Zwar stützt die Arbeitsmarktpolitik durch die Förderung von Existenzgründungen (Ich-AG) und den Aufbau der Personal-Service-Agenturen die Beschäftigung. Ferner werden durch die Regelungen zu Mini- und Midi-Jobs auch Personen, die nicht berechtigt sind, Lohnersatz Einkommen zu beziehen, unterstützt. Dennoch ist erst etwa ab Mitte 2004, wenn sich die Konjunkturerholung gefestigt hat, mit einem leichten Anstieg der saisonbereinigten Erwerbstätigenzahlen zu rechnen. Das wird nicht verhindern können, dass im Jahresdurchschnitt ein nochmaliger Beschäftigungsabbau in der Größenordnung von 170 000 Personen zu verzeichnen sein wird. Das gesamtwirtschaftlich geleistete Arbeitsvolumen wird im kommenden Jahr freilich geringfügig steigen, weil an mehr Tagen gearbeitet wird, weil sich die Kurzarbeit verringert und weil Arbeitszeitkonten wieder aufgefüllt werden.

Den leichten Rückgang der saisonbereinigten Arbeitslosenzahlen seit April 2003 sollte man nicht falsch interpretieren. Er beruht vornehmlich auf Bereinigungen der Statistik und hat keine ökonomische Bedeutung. So werden Arbeitslose seit April schärfer überprüft, und es wird von ihnen eine aktivere Mitwirkung bei der Arbeitsplatzsuche eingefordert. Viele melden sich daraufhin nicht mehr als arbeitslos. Noch stärker wird am 1. 1. 2004 zu Buche schlagen, dass Arbeitslose, die zur Verbesserung ihrer Eingliederungschancen an geförderten Trainingsmaßnahmen teilnehmen, nicht mehr als solche gezählt werden. Durch diese Neudefinition wird die Arbeitslosenzahl sprunghaft in einer Größenordnung von 100 000 Personen vermindert.

Im Jahresdurchschnitt 2003 stieg die Arbeitslosenzahl trotz der statistischen Bereinigungen noch um 320 000 auf 4,38 Millionen, und im Jahr 2004 ist im Jahresdurchschnitt ein Rückgang um rechnerisch etwa 80 000 Personen auf 4,3 Millionen zu erwarten. Aus den genannten Gründen bedeutet das keinerlei Entwarnung für den Arbeitsmarkt. Vom Verstecken der Arbeitslosen wird die deutsche Wirtschaft nicht gesunden.

Bei der Finanzlage der öffentlichen Hand ist keine nachhaltige Besserung in Sicht. Das Staatsdefizit stieg im Jahr 2003 in Relation zum Bruttoinlandsprodukt auf 4 %, also auf einen Wert, der um einen Prozentpunkt über dem nach dem Stabilitäts- und Wachstumspakt erlaubten Wert liegt. Nur wegen des Überschreitens der Verschuldungsgrenze liegt das Defizit mit 85,3 Mrd. Euro noch über den Zinslasten des Staates, die 67 Mrd. Euro betragen. Würde sich der Staat auf die erlaubte Nettoneuver-

schuldung in Höhe von 63,9 Mrd. Euro beschränken, so hätte er schon heute durch die Verschuldung keine Nettoentlastung mehr.

Die Schere zwischen den Zinsen und der erlaubten Nettoneuverschuldung wird sich auch in den nächsten Jahren weiter öffnen, weil das nominale Wachstum des Bruttoinlandsprodukts viel zu klein bleibt, als dass angesichts der hohen Nettoneuverschuldung ein weiterer Anstieg der Schuldenstandsquote verhindert werden könnte. Außerdem werden sich die langfristigen Zinssätze für Staatsanleihen im Zuge der konjunkturellen Erholung sicherlich wieder erhöhen. Erneut wird nur die Verletzung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes die Möglichkeit eröffnen, die Zinslasten auf die Altschuld durch einen Verkauf von Staatsvermögen und neue Schulden zu decken und zudem einen Überschuss zu verbuchen. Die Defizitquote des Jahres 2004 veranschlagt das ifo Institut mit 3,5 %. Dies alles zeigt, dass Deutschland eine grundlegende Sanierung der Staatsfinanzen erst noch bevor steht.

Im Hinblick auf den Umstand, dass die versteckte Staatsschuld in Form der bereits bestehenden Anwartschaften auf Renten und Pensionen heute bereits mit knapp 300 Prozent des Sozialprodukts zu veranschlagen ist, muss dringend vor einer Fortsetzung der Verschuldungspolitik gewarnt werden. Sicherlich hilft die Verschuldung, die Konjunktur wieder anzukurbeln und keynesianische Strohfeuer zu entfachen. Aber Deutschlands strukturelle Probleme sind viel zu groß, als dass sie mit solchen Strohfeuern gelindert werden könnten.

**Eckdaten der Prognose
für die Bundesrepublik Deutschland**

	2001	2002	2003 (1)	2004 (1)
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr ^{a)}				
Private Konsumausgaben	1.4	-1.0	-0.1	1.3
Konsumausgaben des Staates	1.0	1.7	0.6	-0.5
Bruttoanlageinvestitionen	-4.2	-6.7	-3.5	0.8
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-3.6	-7.6	-3.5	0.7
Bauten	-4.8	-5.8	-3.5	1.0
Inländische Verwendung	-0.8	-1.6	-0.1	1.2
Exporte	5.6	3.4	1.5	5.7
Importe	0.9	-1.7	1.4	4.4
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	0.8	0.2	0.0	1.8
Erwerbstätige ^{b)} (1000 Personen)	38911	38671	38190	38021
Arbeitslose (1000 Personen)	3852	4060	4378	4296
Arbeitslosenquote ^{c)} (in %)	9.0	9.5	10.3	10.2
Verbraucherpreise ^{d)} (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	2.0	1.4	1.1	1.2
Lohnstückkosten ^{e)} (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	1.3	0.7	0.7	-0.7
Finanzierungssaldo des Staates ^{f)}				
- in Mrd. EUR	-58.9	-74.3	-85.3	-75.8
- in % des Bruttoinlandsprodukts	-2.8	-3.5	-4.0	-3.5
Erlaubter Finanzierungssaldo (in Mrd. Euro) ^{g)}	-62.2	-63.3	-63.9	-65.8
Zinslasten des Staates (in Mrd. Euro) ^{h)}	67.7	65.2	67.0	69.8
nachrichtlich:				
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	1.6	0.9	0.5	2.0
Verbraucherpreisindex im Euroraum ⁱ⁾ (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	2.3	2.3	2.1	1.7
<small>1) Prognose des ifo Instituts.- a) In Preisen von 1995.- b) Inlandskonzept.- c) Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept).- d) Verbraucherpreisindex (VPI).- e) Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer bezogen auf das BIP in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen.- f) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 95).- g) Nach dem Stabilitäts- und Wachstumspakt.- h) Geleistete Vermögenseinkommen.- i) HVPI-EWU (1996=100).</small>				

Quelle: Eurostat, Statistisches Bundesamt, Bundesanstalt für Arbeit, Prognose des ifo Instituts.